

Martin Patzelt MdB

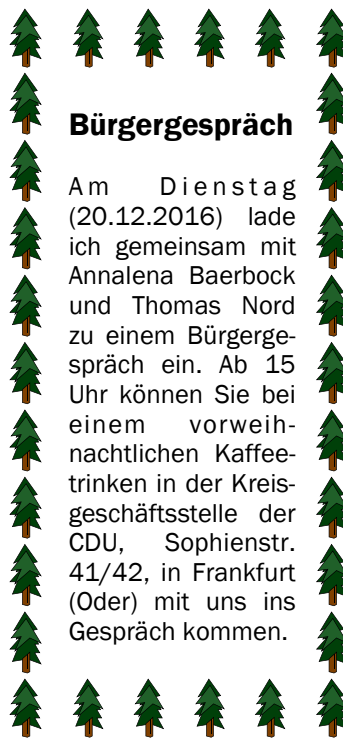


Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in diesen Tagen fällt es mir besonders schwer, an frohe Stunden zum Weihnachtsfeste zu denken und Wünsche dafür auszusprechen. Die Bilder, die uns aus Aleppo erreichen, sind schockierend, grausam und schwer zu begreifen. Wir alle blicken machtlos und ohnmächtig auf die Familien und die Kinder in Aleppo, die in so großer Not sind. Ich bete dafür, dass dieses große, unfassbare Leid für die Menschen in Aleppo bald endet.

Vielleicht nehmen wir uns gerade jetzt an den Feiertagen die Zeit, uns zu besinnen und innezuhalten, um bei jedem Geschenk, das wir öffnen,

darüber nachzudenken, wie froh doch und dankbar jeder einzelne von uns sein kann, das wir in Frieden leben und in Frieden mit unseren Liebsten an unse-



Bürgergespräch

Am Dienstag (20.12.2016) lade ich gemeinsam mit Annalena Baerbock und Thomas Nord zu einem Bürgergespräch ein. Ab 15 Uhr können Sie bei einem vorweihnachtlichen Kaffeetrinken in der Kreisgeschäftsstelle der CDU, Sophienstr. 41/42, in Frankfurt (Oder) mit uns ins Gespräch kommen.

rer Seite, ohne Leid, ohne Tränen, ein paar schöne Weihnachtstage erleben dürfen.

Für das kommende Jahr wünsche ich Ihnen Allen beste Gesundheit und Zufriedenheit. Auf der politischen Ebene wünsche ich dem einen und anderen Staatenlenker die Einsicht, dass Gewalt auf Dauer kein wirksames Mittel in der Politik ist. Die Geschichte lehrt, dass Unterdrückung auf Dauer noch in keinem Land der Welt erfolgreich war.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre, Ihr

Aktion Solidarität mit HDP-Abgeordneten



Im Mühen um die Menschenrechte darf es keine Parteiinteressen geben. Darum habe ich neben meiner Patenschaft für einen vietnamesischen Menschenrechtsverteidiger auch die Patenschaft für den türkischen Abgeordneten Mehmet Sancar übernommen.

Rede zum Antrag der Linken: Kinder und Familien von Armut befreien –
Aktionsplan gegen Kinderarmut am 15.12.2016

„Es geht nicht darum, immer mehr zu haben“

Über die Relativität des Armutsbegriffes möchte ich mich nicht mehr äußern; das haben meine Vorredner zur Genüge getan. Ich möchte auch nicht über die Armut an sich reden. Ich will aber bei all dem, was ich Ihnen jetzt sagen werde, betonen: Natürlich bin ich davon überzeugt, dass ein Minimum an materieller Ausstattung nötig ist, um ein menschenwürdiges Leben zu führen – genau darüber entscheidet in Deutschland aber nicht nur der Bundestag, sondern auch das oberste Gericht.

Wenn Eltern im Rahmen ihrer persönlichen Möglichkeiten, der Angebote, die ihnen gemacht werden, und vor allen Dingen der Kompetenz, die sie haben, zusätzliche Hilfsangebote suchen und nutzen – ein Beispiel ist die Tafel –, dann geschieht das, weil sie die Grundleistungen, die sie bekommen, um leben zu können und das Frühstücksbrot für ihre Kinder finanzieren zu können, optimieren.

Und wenn sie in Secondhandläden einkaufen – auch einmal ein Paar teure Skier und Markenklamotten –, dann tun

sie das, weil sie ihr – zugegebenermaßen niedriges – Einkommen optimieren wollen. Daraus zu schließen, dass sie in lebensbedrohlicher Not sind, ist einfach falsch, sondern ihnen gelingt es, zu optimieren.

Wenn ich am Wochenende einkaufen gehe und an der Kasse im Supermarkt stehe und sehe, was mir bekannte Menschen in ihren Einkaufskörben haben, dann überkommt mich bitter, dass sie das wenige Geld, das sie haben, für Artikel ausgeben, die nicht nachhaltig sind, stattdessen bald kaputt sind und ihren Kindern nicht lange Freude machen werden.

Was will ich damit sagen? Ich will sagen, dass wir nicht nur eine Armut an materieller Ausstattung unserer Familien haben.

CDU und CSU haben in den vergangenen Jahren entscheidende und nachhaltige finanzielle Förderungen auf den Weg gebracht. Finanzielle Förderung scheint immer das Einzige zu sein, was wir anzubieten haben, wenn es um Nöte in der Gesellschaft geht. Lassen Sie mich auf eine Armut hinweisen, die Kinder auch haben.

Das ist die Armut an Selbstbewusstsein. Von Ihnen wird dann immer gleich gesagt: Ja, wenn sie mehr hätten, ein neues Handy oder eine bessere Schultasche und bessere Kleidung, dann wäre ihr Selbstbewusstsein sofort aufgewertet.

In dem Moment, in dem sie das Neueste haben, haben die anderen schon wieder etwas Neues. Das ist eine Spirale, die in die Irre führt, weil unsere Kinder diesem Trend – dem wir alle mehr oder weniger folgen – immer nachlaufen werden.

Es geht um das Glück von Kindern. Es geht nicht darum, immer mehr zu haben. Die Armutsgrenze wird sich doch ständig verändern. Warum haben wir wieder mehr Armut nach der Statistik? Weil das allgemeine Einkommen gestiegen ist. Immer wenn das allgemeine Einkommen steigt, wird natürlich sofort die Zahl der Armen größer, weil wir nicht schnell genug nachkommen, die entsprechenden Anpassungen der unterschiedlichen Leistungen im Parlament vorzunehmen.

Ich möchte den Kindern helfen, dass sie einen sicheren Selbststand haben,

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Rede zum Antrag der Linken: Kinder und Familien von Armut befreien – Aktionsplan gegen Kinderarmut am 15.12.2016 (Fortsetzung)

„Kinder brauchen Zuwendung und Zuhören“



einen Selbststand, der nicht nur davon abhängt, welche materielle Ausstattung sie haben. Sie sollen Wissen erwerben können, sich kulturell engagieren können, konfliktfähig sein. Ich habe in den letzten Tagen in der Presse wieder gelesen, was auf unseren Schulhöfen los ist, dass immer mehr Sozialarbeiter und Psychologen eingestellt werden müssen, weil die Kinder in einer Weise miteinander umgehen, dass die Lehrer es nicht mehr schaffen, die Konflikte zu regeln.

Es geht um die Kompetenzen der Kinder, ihre Ausstattung mit Empathie, die Erfahrungen, die sie in ihrem Leben machen, und ihre Lebensräume. Wie machen wir denn Urlaub? Wir packen sie in die Kiste und fahren Hunderte von Kilometern mit ihnen an einen Urlaubsort, statt den Nahraum um unseren Wohnort, unser Land zu erkunden. Ich kenne viele Kinder, die nicht einmal ihre nähere Heimat kennen. Wir glauben, wir müssen ihnen immer mehr und mehr geben, statt die Welt, in der sie leben, mit den Mitteln, die wir haben, auszugestalten.

Ich sage das nicht aus parteipolitischen Gründen. Ich sage das, weil

ich ernste Sorge habe, wenn wir weiter so mit unseren Kindern umgehen, wenn wir sie in einer sensiblen Phase hemmungslos der öffentlichen Erziehung ausliefern, wenn wir sie nicht mehr ausstatten mit der Nähe von Eltern, die ihnen Märchen vorlesen, die noch nicht kaputt sind vom Karrierekampf und vom Kampf um noch mehr Geld, das sie verdienen können für ihre persönliche Entwicklung.

Das alles ist wichtig und richtig; verstehen Sie mich nicht falsch. Aber wer sich für Kinder entscheidet, der muss wissen, dass diese Kinder die Eltern brauchen, dass sie Zeit mit ihnen brauchen, Empathie, Zuwendung und Zuhören.

Ich habe mich einmal damit beschäftigt, welche Jugendlichen eigentlich in rechten und linken extremistischen Gruppen landen. Zum großen Teil sind das heimatlose junge Menschen, die eine Ersatzfamilie suchen und in dieser strengen und für uns alle fast unerträglichen wertbildenden Gruppe dann ein Stück weit ein Ersatzuhause finden.

Warum ist das so? Weil sie dieses Zuhause in ihrer Kindheit nicht erleben konnten, weil wir außenorientiert sind und sagen: Wir müssen mehr Knete machen! Wir müssen Karriere

machen! Wer sich für Kinder entscheidet, der sollte einberechnen, dass das für bestimmte Zeiten ein Stückchen Karriere kosten kann. Wir haben in unserem Parlament, in der Regierung und in der Wirtschaft viele Kinderreiche. Die Managerin der Berliner Verkehrsbetriebe hat, glaube ich, sieben Kinder.

Es gibt genug Beispiele von Frauen, die sogar überdurchschnittlich viele Kinder hatten, bei ihren Kindern geblieben sind und sie mit hoher Kompetenz ins Leben geführt haben.

Wir Älteren kommen nicht alle aus vermögenden Haushalten. Ich komme aus einer armen Familie. Wenn es wirklich so wäre, dass alles am Geld liegt, dann wären wir nicht hier gelandet. Viele aus armen Verhältnissen wären dann nicht in der Wissenschaft, der Kultur oder der Kunst gelandet. Ich möchte nur eines anmahnen, nämlich dass wir miteinander den Blick weiten und sagen: Es liegt nicht alles am Geld.

Wir werden mit Geld nicht alles erreichen, was wir brauchen, damit diese Gesellschaft Zukunft und Bestand hat.

Das Elterngeld wirkt

Knapp zehn Jahre nach der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 ist dieses familienpolitische Instrument weitestgehend akzeptiert und hat viele nachweisbare Effekte. Das Elterngeld löste damals das vorherige Erziehungsgeld ab.

Die Einführung des Elterngeldes hat das Einkommen für die meisten Familien im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes substantiell erhöht und somit für diese Zeit einen finanziellen

Schonraum geschaffen. So stieg das Haushalts-Nettoeinkommen von Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr um durchschnittlich 480 Euro pro Monat, bei Müttern mit Hochschulabschluss sogar um rund 600 Euro pro Monat. Auch hat die Erwerbsbeteiligung von Müttern insgesamt zugenommen.

Zwar haben sich mehr Mütter mit hohem Einkommen und Qualifikationen eine längere Auszeit genommen, als es früher der Fall war, im zweiten Lebensjahr des Kindes ist

allerdings die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Müttern im unteren Einkommensbereich gestiegen. Ebenfalls nehmen deutlich mehr Väter Elternzeit: Lag der Anteil vor 2007 bei weniger als drei Prozent, ist er inzwischen auf über 34 Prozent gestiegen. Ein Einfluss auf die Geburtenrate konnte gleichzeitig nur teilweise erwiesen werden, auch wenn in der Tendenz leicht positive Effekte festzumachen sind.

100.000 zusätzliche Kitaplätze

Bis 2020 werden Bund und Länder gemeinsam 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren in Kitas, Kindergärten und bei Pflegeeltern schaffen. Dafür stellt der Bund gut 1,1 Milliarden Euro bereit. Anders als bei den bisherigen Programmen werden nicht nur Plätze für Kinder unter drei Jahren gefördert, sondern für alle Kinder bis zum Schuleintritt.

Für das kommende Jahr sind 226 Millionen Euro vorgesehen. In den Folgejahren erhöht sich die Summe dann auf 300 Millionen. Länder, Kommunen und sonstige Träger müssen einen Eigenanteil von mindestens 46 Prozent beisteuern. Groß ist derzeit der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Hier liegt die Betreuungsquote bei 32,7 Prozent. Die Nachfrage ist laut dem Deutschen Jugendinstitut

mit 43,2 Prozent jedoch um einiges höher. Auch ist der Bedarf durch den Zuzug von Flüchtlingen sprunghaft gewachsen, was für die Kommunen nicht vorhersehbar und somit planbar war. Mit diesem Investitionsprogramm soll gleichzeitig die Qualität der Betreuungsangebote verbessert werden. Förderfähig

sind Angebote, die der Bewegungsförderung, der Gesundheitsversorgung, der Umsetzung von Inklusion und der Familienorientierung dienen. Das Gesetz soll zwar erst zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Es soll aber einen rückwirkenden Beginn der geplanten Maßnahmen zum 1. Juli 2016 ermöglichen.

Drei MdBs im Gespräch mit Schülern



Mit Thomas Nord und Annalena Baerbock in der Diskussion mit Schülern des Städtischen Gymnasiums I Frankfurt (Oder).

Verbesserte Leistungen für Contergan-Opfer

Rund 2.700 Contergan-Opfer kommen ab dem nächsten Jahr in den Genuss stark verbesserter Leistungen. Nachdem bereits vor drei Jahren ihre monatlichen Renten auf Beträge zwischen 1.152 und 6.912 Euro angehoben worden waren, erhalten sie nun zusätzlich jährlich einen Sockelbetrag von 4.800 Euro für spezifische Bedarfe. Weitere 14 Millionen Euro werden nach dem Grad der Schädigung verteilt, wobei jeder Betroffenen Anspruch auf einen weiteren Betrag zwischen 876 und 9.900 Euro hat. Damit wird die bisherige Praxis beendet, wonach die Betroffenen diese spezifischen Bedarfe

individuell beantragen mussten. Dieses Prozedere hatte immer wieder zu Ungereimtheiten und massiven Protesten der Betroffenen geführt. Die von den Betroffenen ebenfalls gewünschte Strukturänderung der Stiftung wurde verschoben, da hierfür mehr Zeit zur Beratung erforderlich ist.

Der Contergan-Skandal, der bisher größte Arzneimittel-Skandal Deutschlands begann 1957, als der Aachener Pharmakonzern Grünenthal das Schlafmittel Contergan auf den Markt brachte, das von vielen schwangeren Frauen eingenommen wurde. Es führte dazu, dass rund 10.000 Kin-

der mit Missbildungen zur Welt kamen. Die Schädigungen sind ganz unterschiedlich. Bei einigen sind sie äußerlich nicht einmal erkennbar. Die inneren Organe sind zum Teil anders gelagert, was bei Eingriffen immer wieder zu Problemen führt. Andere haben keine Beine, oder ihre Hände sind direkt an der Schulter. Die Armen dazwischen fehlen. Schon die sonst einfache Suche nach einer Vene kann zu einem Puzzlespiel werden. 1961 wurde das Medikament vom Markt genommen. Ein Prozess gegen Grünenthal endete 1972 mit der Errichtung eines Fonds, in den sowohl Grünenthal als auch der Bund je 100 Millionen D-Mark einzahlten.

Viadrina erhält 3 Mio. Euro Förderung

Die Bundesregierung unterstützt seit 2011 mit einem breit wirksamen Förderprogramm zunächst bis 2016 mehr als 180 Hochschulen in ganz Deutschland bei der Verbesserung ihrer Studienbedingungen. Die Europa-Universität Viadrina hat sich nun erfolgreich um eine

Fortsetzung der Förderung im Rahmen des Qualitätspakts Lehre beworben und wird von Januar 2017 bis Ende 2020 mit insgesamt 3.068.044,50 Euro weitergefördert. Ich freue mich sehr, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung die herausragende Arbeit der Europa-Universität

Viadrina honoriert und weiter unterstützt. Seit ihrer Neugründung 1991 hat sie sich zu einer international gefragten Adresse für Studium und Lehre entwickelt und hat vor allem für die Beziehungen nach Osteuropa viel geleistet.

Besucher aus meinem Wahlkreis in Berlin



Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Oleksii Kysliak

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439

martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)

Tel. 0335/276 294 36

Fax 0335/276 294 37

martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

„Überwältigende Hilfsbereitschaft“

Eine "überwältigende Hilfsbereitschaft und Willkommenskultur" attestiert der "Bericht zur Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland", der jetzt erstmals vom Deutschen Institut für Menschenrechte vorgelegt und am Freitag im Deutschen Bundestag debattiert wurde, unserem Land.

Hervorgehoben wird die Entscheidung der Bundesregierung von September 2015, syrische Flüchtlinge nicht in andere EU-Länder zurückzuschicken, als das europäische Asylsystem versagt hatte.

Damit sei Deutschland seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen gerecht geworden. Positiv wird zudem er-

wähnt, dass bürokratische Hürden etwa beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder mit der Gesundheitskarte für Flüchtlinge abgebaut wurden.

Als menschenrechtlich problematisch beurteilt der Bericht dagegen die Verlängerung der Residenzpflicht, die Einschränkung des Familiennachzugs, die Einstufung weiterer Länder als „sichere Herkunftsstaaten“, Leistungskürzungen, Beschäftigungsverbote oder die Einschränkung des Abschiebungsschutzes aus gesundheitlichen Gründen.

Verbesserungsbedarf sehen die Autoren des Berichtes u.a. bei der strafrechtlichen Verfolgung von Hasskriminali-

tät, der angemessenen Unterbringung und der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen sowie beim fehlenden Schulzugang für Flüchtlingskinder in einer Reihe von Bundesländern. Nicht zuletzt wird das Angebot an Integrationskursen als nicht ausreichend angesehen.

Kritik übt das Deutsche Institut für Menschenrechte am Ausschluss von rund 85.000 Menschen mit Behinderung vom aktiven und passiven Wahlrecht per Gesetz. Die Tatsache, dass diese Menschen bei der Stimmabgabe Unterstützung benötigen würden, rechtfertige diese Schlechterstellung nicht. Damit werde ihnen zum Schutz ihres Rechts das Recht selbst aberkannt.

Verfolgung der Uiguren

Am Donnerstag habe ich mich in einem Gespräch mit den Vertretern der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) e.V. Stefan Siebenrock (1.v.re.) und Ulrich Delius (2.v.li.) sowie den Vizepräsidenten des Weltkongresses der Uiguren (WUC) Ümit Hamit (2.v.re.) und Perhat Muhammet (1.v.li.) dafür eingesetzt, die beklagenswerte und zunehmende Verfolgung der Uiguren in Chi-



na im Menschenrechtsausschuss sowie mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen

Ausschusses Norbert Röttgen zu thematisieren.